

1 Die Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen:

2

3 **A 3 Kreisläufe und Sharingkonzepte – Umweltschutz praktisch machen**

4

5 Wir fordern:

6 • Verbot für Supermärkte Lebensmittel wegzuwerfen und stattdessen Entwicklung von
7 Konzepten zur alternativen Nutzung

8 • Weiterentwicklung bestehender Infrastrukturen wie des Schwarzen Bretts auf bremen.de für
9 Tausch und Teilen

10 • Entwicklung von Konzepten für Reparaturcafés / -werkstätten

11

12 **Begründung:**

13 Die kapitalistisch verfasste Wirtschaft der Gegenwart gerät zunehmend an Grenzen. Sowohl was den
14 Ausstoß von Emissionen, die Zerstörung von natürlichen Lebensräumen oder die Verschmutzung der
15 natürlichen Umgebung anbetrifft. Hinzu kommt eine Verknappung von Rohstoffen, die zur
16 Aufrechterhaltung des westlichen Konsummodells essentiell sind. Gleichzeitig konstituieren sich
17 aber auch zunehmend Gegenbewegungen zum Status Quo. So wurde mit „Fridays for Future“ die
18 Reduktion von CO₂-Emissionen öffentlichkeitswirksam wieder auf die Agenda gesetzt. Zudem
19 entwickeln zahlreiche Initiativen und Basisbewegungen Alternativmodelle, die konkret in den Alltag
20 integriert werden können, ohne dafür vorher die Gesamtwirtschaft umzubauen. Angesichts der
21 massiven Herausforderungen, die uns im Umwelt- und Klimaschutz gegenüber stehen, müssen diese
22 Alternativen konsequent erprobt und für mögliche Anwendungen an anderer Stelle angepasst
23 werden. Bremen hat hier als Bundesland ausreichend Kompetenzen, um mit praktischen Maßnahmen
24 eine Vorreiterrolle einzunehmen. Sicher ist: Kapitalismus und Klimaschutz passen nicht zusammen.

25

26 Die Vorschläge erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und können noch keine fertigen
27 Konzepte darstellen. Da wir uns an dieser Stelle auf neues Terrain vorwagen, ist der Weg eher als
28 Suchprozess zu verstehen, der Anpassungen und kritische Ideen benötigt und von ihnen profitiert.
29 Außerdem geht es uns nicht darum, plumpe Kapitalismuskritik zu üben und beispielsweise Konsum
30 per se abzulehnen. Alternative Wirtschaftsansätze, die langfristig mehrheitsfähig werden sollen,
31 müssen an der Lebensrealität der Menschen und dem Bestehenden ansetzen. Wir wollen kein simples
32 „Weniger“, wir wollen ein „Anders“, denn wir sind überzeugt davon, dass dies auch ein
33 „Besser“ bedeuten kann. statt einer Wirtschaft, die die Nachfrage für Produkte künstlich hochhält,
34 wollen wir eine nachhaltige Produktion von Gütern, an denen tatsächlich Bedarf besteht.

35 Unsere Vorschläge setzen an drei Stellschrauben an, an denen konkrete Alternativen im Bestehenden
36 erprobt werden können: Bei Lebensmitteln, dem Besitz von Konsumartikeln sowie der Reparatur
37 dieser.

38

39 Es ist untragbar, dass es auf der Erde ausreichend Nahrungsmittel für alle Menschen gäbe und
40 trotzdem das Problem Hunger noch immer nicht gelöst worden ist. Die ungleiche Verteilung von
41 Nahrungsmitteln und die Kommodifizierung dieser Grundressource sind Probleme, die nicht
42 wegzudiskutieren, sondern zu lösen sind. Gerade in Deutschland und auch in Bremen sind wir ein
43 Teil des Problems, da auch hier ein beträchtlicher Teil der Lebensmittel nicht konsumiert, sondern
44 entsorgt wird. Einerseits von Konsument*innen, in noch viel stärkerem Maße aber von Supermärkten.
45 Ursache hierfür sind Vorschriften, die eine besonders strenge Auslegung der Mindesthaltbarkeit
46 nahelegen und dadurch dafür sorgen, dass tonnenweise Lebensmittel, die noch genießbar wären,
47 entsorgt werden, weil sie nicht gekauft wurden. Manche Supermärkte kooperieren bereits mit Tafeln
48 und stellen diesen nicht verkaufte Lebensmittel zur Verfügung. Hierbei handelt es sich jedoch um
49 freiwillige Vereinbarungen. Gleichzeitig werden Personen, die sich entsorgte Lebensmittel aus
50 Container aneignen, strafrechtlich verfolgt. Wir fordern hier eine einheitliche Praxis, die die
51 Entsorgung genießbarer Lebensmittel für Supermärkte verbietet, wie dies auch in Frankreich
52 gehandhabt wird. Eine bestehende Infrastruktur für Abnehmer*innen besteht mit den Tafeln bereits
53 und kann entsprechend ausgebaut werden, z.B. mit öffentlichen Kantinen. Für die Übergangszeit bis
54 zur Umsetzung staatlicher Vorschriften soll die Stadt Bremen auf Supermarktbetreiber*innen
55 einwirken, um hier einvernehmliche Lösungen zu finden.

56

57 Weiterhin ist die Versorgung mit dauerhaften Konsumprodukten (z.B. Werkzeugen) mittlerweile so
58 flächendeckend, dass der Bedarf eigentlich erschöpft ist. Die seltenste Zeit wird Werkzeug wirklich
59 benötigt, stattdessen liegt es die längste Zeit seines Lebens im Keller oder Schrank, während sich
60 andere, die jenes Werkzeug gerade benötigen, hierauf keinen Zugriff haben und sich eigene neue
61 Geräte kaufen. Dies führt nicht nur zu einer immensen Verschwendung von Platz, sondern auch zu
62 einer Überproduktion unnötiger Produkte. Die verwendeten Ressourcen und Produktionskapazitäten
63 konnten deutlich sinnvoller eingesetzt werden, wenn nicht Besitz sondern Zugang zu Dingen im
64 Vordergrund stünde. Wir fordern daher, dass eine Infrastruktur geschaffen wird, um Dinge auf
65 freiwilliger Basis teilen zu können. Das geht zum Beispiel im Stadtteil in Bürgerhäusern oder mit
66 Tauschschränken an Straßenecken. Auch das Internet bietet hier Möglichkeiten, wie zum Beispiel das
67 Schwarze Brett und die Internetpräsenz des Landes Bremen, bremen.de. Diese Ansätze sollen
68 erweitert werden.

70 Die Produkte, die wir täglich benutzen, werden immer komplizierter. In Fernsehern, Mikrowellen
71 oder Smartphones ist viel zusätzliche Elektronik verbaut, sodass es für Laien zunehmend schwieriger
72 wird, sie selbstständig zu reparieren. Außerdem gehen diese Produkte immer schneller kaputt, weil
73 einzelne Teile verschleißern, die nicht einzeln ersetzt werden können (z.B. Akkus in Smartphones).
74 Das führt dazu, dass immer mehr weggeschmissen wird und neue Produkte benötigt werden. Gegen
75 diesen Trend kann man nicht auf Landesebene vorgehen. Wünschenswert sind Vorschriften auf EU-
76 Ebene, die Mindeststandards and Haltbarkeit und Zugang zu Ersatzteilen für solche Geräte festlegen.

77

78 Auf lokaler Ebene kann aber die nötige Infrastruktur angeboten werden, um die Reparatur von
79 solchen Geräten zu erleichtern. Wir fordern daher, die Idee der Repair Cafés auszuweiten und auf
80 Stadtteilebene fest zu institutionalisieren. Die Einrichtungen sollen nicht mehr auf privater Initiative
81 beruhen, sondern staatliche getragen werden. Mit den Bürgerhäusern bestünde auch bereits eine
82 nutzbare Infrastruktur. Zudem wäre denkbar, Konzepte zur Integration von Langzeitarbeitslosen zu
83 erproben, wenn es um die Reparatur von Elektrogeräten geht.

84

85